

# NIEDERSCHRIFT

Körperschaft:	<b>Gemeinde Bad Zwischenahn</b>		
Gremium	<b>Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Fremdenverkehr</b>		
Sitzung am:	<b>Montag, 17.05.2010</b>		
Sitzungsort:	<b>Haus Brandstätter, Kuppelsaal, Am Brink 5,</b>		
Sitzungsbeginn:	<b>17:00 Uhr</b>	Sitzungsende:	<b>22:30 Uhr</b>

## TEILNEHMERVERZEICHNIS

### **Sitzungsteilnehmer:**

#### **Ausschussvorsitzender**

Herr Jochen Finke CDU

#### **Ausschussmitglieder**

Frau Monika Blankenheim	SPD	
Herr Rainer Isemann	CDU	ab TOP 1, 17.05 Uhr
Herr Bernd Janßen	FDP	für Herrn Dr. Kolbow, bis TOP 5, 20.45 Uhr
Herr Jürgen Köster	UWG	
Herr Wolfgang Mickelat	SPD	
Herr Helmut Ohlert	SPD	
Herr Hauke Rosenbusch	CDU	
Herr Klaus Wolf	CDU	
Frau Barbara Woltmann	CDU	für Herrn Isemann, bis TOP 1, 17.05 Uhr

#### **Grundmandatsinhaber**

Herr Georg Köster	GRÜNE	
Herr Wolfgang Sindermann	Freie Wähler	bis TOP 5, 20.45 Uhr

#### **beratendes Mitglied des Jugendgemeinderates (bei öffentlichen Sitzungen)**

Jakob Reinhold	für Herrn Behling, ab TOP 3, 17.50 Uhr, bis TOP 5, 20.30 Uhr
----------------	---

#### **Verwaltung**

Herr Bürgermeister Dr. Arno Schilling	
Herr Carsten Meyer	
Herr Wilfried Fischer	
Herr Rolf Oeljeschläger	
Herr Martin Wichelmann	
Frau Helga Buß	Protokollführerin

**Tagesordnung:**

**Seite:**

**Öffentlicher Teil**

1.	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung	3
2.	Genehmigung der Niederschrift vom 26.01.2010 (Protokoll Nr. 154)	3
3.	Bericht der Verwaltung	3
3.1.	Zusammenstellung der Realsteuerhebesätze	3
3.2.	Bildung von Haushaltsresten aus dem Jahr 2009	4
3.3.	Bericht über die Aufnahme und Umschuldung von Kommunaldarlehen	4
3.4.	Bericht über die Einführung des Neuen Kommunalen Rechnungswesens (NKR)	6
3.5.	Breitbandversorgung im ländlichen Raum	8
3.6.	Bad Zwischenahner Woche 2010	8
3.7.	Der Jahrmarkt kommt	9
3.8.	KMU-Förderung	10
3.9.	Ammerländer Gründertreff	10
3.10.	Regio-S-Bahnlinie Bremen - Oldenburg - Bad Zwischenahn	10
3.11.	EU-Treffen in Bad Zwischenahn	11
4.	Förderbeiträge zum ÖPNV-Angebot der Verkehr und Wasser GmbH (VWG) Vorlage: BV/2010/059	11
5.	Haushaltssicherungskonzept Vorlage: BV/2010/065	12
6.	Anfragen und Hinweise	20
7.	Einwohnerfragestunde	20

## Öffentlicher Teil

### 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

AV Finke eröffnet die Sitzung.

Es werden einstimmig festgestellt:

- a) die rechtzeitige Übersendung der Tagesordnung,
- b) die Beschlussfähigkeit,
- c) die Tagesordnung, wie sie zu Beginn der Niederschrift aufgeführt ist.

### 2 Genehmigung der Niederschrift vom 26.01.2010 (Protokoll Nr. 154)

Die Niederschrift über die Sitzung des WuFF vom 26.01.2010 (Protokoll Nr. 154) wird einstimmig genehmigt.

### 3 Bericht der Verwaltung

#### 3.1 Zusammenstellung der Realsteuerhebesätze

Die Hebesätze im Bezirk der Oldenburgischen IHK sind als **Anlage 3.1** beigefügt (letzter Stand 31.12.2009).

#### Hebesätze der Gemeinde Bad Zwischenahn im Jahr 2010

Grundsteuer A	330 %
Grundsteuer B	350 %
Gewerbsteuer	360 %

#### Hebesätze der übrigen Ammerlandgemeinden im Jahr 2010

Gemeinde/	Grundsteuer A
	Grundsteuer B
	Gewerbsteuer

Stadt	2010
	2010
	2010

Apen	330
	330
	330
Edewecht	

	280
	280
	305
Rastede	280
	300
	310
Westerstede	315
	325
	340
Wiefelstede	300
	320
	330

Hebesätze im Landesdurchschnitt (2009)

Grundsteuer A	342 %
Grundsteuer B	353 %
Gewerbsteuer	354 %

Hebesätze nach FAG (2009)

Grundsteuer A	308 %
Grundsteuer B	318 %
Gewerbsteuer	319 %

Auf Anfrage des AM Mickelat erläutern BM Schilling und FBL Oeljeschläger den Unterschied zwischen dem Hebesatz im Landesdurchschnitt und dem nach dem FAG.

**3.2 Bildung von Haushaltsresten aus dem Jahr 2009**

Im Rahmen der Jahresrechnung ist festzustellen, welche Haushaltseinnahme- und -ausgaberechte gem. § 20 GemHKVO gebildet und in das Jahr 2010 übertragen werden. Die Jahresabschlussarbeiten sind noch nicht abgeschlossen. Um über die Mittel verfügen zu können, wurden jedoch bereits einige Haushaltsausgaberechte gebildet. Diese sind der **Anlage 3.2** zu entnehmen.

Eine Bildung von Haushaltsresten kommt nur dann in Frage, wenn die Finanzierung aus dem Haushaltsjahr 2009 möglich ist. Neben der Finanzierbarkeit muss die Bildung auch sinnvoll sein. Neben den budgetierten Bereichen sind dies in erster Linie bereits begonnene Investitionsmaßnahmen, die sonst neu veranschlagt werden müssten.

Finanziert werden Haushaltsreste über zur Verfügung stehende Einnahmereste und über

den im Haushaltsvollzug eingetretenen Einnahmeüberschuss.

Im Ergebnishaushalt wurde bisher ein Haushaltsausgaberest in Höhe von 87.000 € und im Finanzhaushalt ein Haushaltsausgaberest von 2.544.838,72 € gebildet.

Auf Anfrage des AM Mickelat teilt FBL Meyer mit, dass Rechnungen von den tätigen Firmen i. d. R. in Form von Abschlagsrechnungen zeitnah beglichen werden. Beim Rathausneubau zeichne sich ab, dass die Haushaltsmittel nicht in voller Höhe benötigt werden.

- 20 -

### **3.3 Bericht über die Aufnahme und Umschuldung von Kommunaldarlehen**

#### **Bericht Nr. 01/2010 über die Umsetzung der Richtlinie über die Aufnahme und Umschuldung von Kommunaldarlehen der Gemeinde Bad Zwischenahn**

Die Zuständigkeit für die Aufnahme und Umschuldung von Krediten ist in der Neufassung der NGO vom Rat auf den Bürgermeister übertragen worden. Der Rat gibt aber über eine Richtlinie den Rahmen vor. Eine entsprechende Richtlinie hat der Gemeinderat am 28.03.2006 beschlossen, dem WuFF ist in jeder Sitzung über die Ausführung der Richtlinie zu berichten. Wie im vergangenen Jahr fassen wir zum Abschluss des Jahres 2009 noch einmal alle Aufnahmen zusammen.

#### **Haushaltsjahr 2009**

##### **Kommunalkredite**

##### **Neuaufnahmen**

##### **Kreisschulbaukasse**

Aus der Kreisschulbaukasse haben wir im Jahr 2009 Darlehen in Höhe von insgesamt 888.700 € für folgende Maßnahmen erhalten:

Neubau Hauptschule	750.000 €
Sanierung Heizungs-/Lüftungsregeltechnik Realschule	5.000 €
Brandschutzmaßnahmen Gymnasium	9.800 €
Sanierung Lüftung Hallenbad	13.200 €
Heizungssanierung Gymnasium	49.900 €
Brandschutz Mehrzweckhalle Petersfehn	4.600 €
Einrichtung Chemieraum Gymnasium	17.000 €
Fahrradstation Hauptschule	12.200 €
Schulbushaltestelle Rostrup	5.000 €
Fenstersanierung Aula GS Ofen	22.000 €

##### **Kreditmarkt**

Für Darlehensaufnahmen vom Kreditmarkt bestand eine Ermächtigung in Höhe von 2.481.500 €. Es wurden keine Darlehen aufgenommen.

### Zinsanpassung/Umschuldungen

Am 15.6. fand die einzige Zinsanpassung im Jahr 2009 statt. Es handelt sich um ein Darlehen mit einer Restschuld von 831.362,94 € auf ursprünglich 1.022.583,76 €. Der vorherige Zinssatz betrug 4,384%, die Tilgung 1,5%.

Eine Umschuldung blieb aus, da der bisherige Gläubiger, die NRW.Bank Münster, mit einem Zinssatz von 4,21% bei 2% Tilgung das günstigste Angebot für eine Verlängerung bis zum 17.6.2019 abgegeben hat.

### Liquiditätskredite

Die Liquiditätssituation der Gemeinde hat sich im vergangenen Jahr entspannt. Die Gemeindekasse musste zwar für den größten Teil des Jahres noch auf Liquiditätskredite zurückgreifen, aber in deutlich niedrigerer Höhe als in den Vorjahren. Der starke Rückgang in den Zinsleistungen (2009 34.116,73 € gegenüber 105.461,75 € 2008) ist neben dem gesunkenen Umfang der Inanspruchnahme vor allem auch auf das gesunkene Zinsniveau zurück zu führen.

### Gesamtentwicklung der Verschuldung der Gemeinde

Im vergangenen Jahr haben wir insgesamt Darlehen in Höhe von 888.700 € aufgenommen. Getilgt wurden Darlehen in Höhe von 1.659.178 €. Die Gemeinde hat sich also im vergangenen Jahr um 792.478 € entschuldet, der Schuldenstand der Gemeinde sinkt damit zum 31.12.2009 auf 32.951.085 €.

## **Haushaltsjahr 2010**

### Kommunalkredite

#### Neuaufnahmen

#### **Kreisschulbaukasse**

Aus der Kreisschulbaukasse haben wir in diesem Jahr bisher Darlehen in Höhe von insgesamt 749.200 € für folgende Maßnahmen erhalten:

Neubau Hauptschule	683.900 €
Brandschutzmaßnahmen Realschule	58.700 €
Einrichtung Chemieraum Gymnasium	6.600 €

#### **Kreditmarkt**

#### Neuaufnahmen

Auf dem Kreditmarkt wurden bisher keine Darlehen aufgenommen.

### Zinsanpassungen/Umschuldungen

Am 08.04. stand ein Darlehen mit einer Restschuld von 801.320,31 € auf ein Ursprungsdarlehen von 1 Mio. € zur Zinsanpassung an. Es wurde bei dem Altgläubiger, der Hessischen Landesbank, für weitere 8 Jahre festgelegt zu einem Zinssatz von 3,11% (zuvor 5,475%) bei 2% Tilgung (zuvor 1,5%).

In diesem Jahr stehen noch 3 weitere Darlehen zur Zinsanpassung an:

Restschuld 1.437.632,45 € auf ursprünglich 1,5 Mio. €, Zinssatz bisher 4,411%  
Restschuld 1.069.387,70 € auf ursprünglich 1.278.229,70 €, Zinssatz bisher 5,03%  
Restschuld 63.911,49 € auf ursprünglich 460.162,69 €, Zinssatz bisher 5,555%.

### **Liquiditätskredite**

Zu Beginn des Jahres verfügte die Gemeinde noch über ein Guthaben. Da aber aufgrund der im Januar bekannt gewordenen Gewerbesteuerrückzahlung bisher per Saldo fast überhaupt keine Gewerbesteuer eingenommen werden konnte, hat die Gemeinde bereits im Januar wieder Liquiditätskredite aufnehmen müssen, die sich bis Anfang Mai auf ca. 5 Mio. € summiert haben. Durch die inzwischen erhaltene erste Rate der Einkommensteuer und den anstehenden Steuertermin zum 15. Mai wird der Darlehensstand kurzzeitig annähernd ausgeglichen werden können, bevor er in den nächsten Monaten wieder ansteigen wird. Aufgrund des historisch niedrigen Zinsniveaus für kurzfristige Gelder haben wir aber erst Zinsaufwendungen von rd. 6.000 € verzeichnen müssen.

- 20 -

### **3.4 Bericht über die Einführung des Neuen Kommunalen Rechnungswesens (NKR)**

Am 28.03.2006 hat der Gemeinderat beschlossen, dass zum 01.01.2009 das NKR in unserer Gemeinde eingeführt werden sollte. Um die sehr umfangreichen Arbeiten hierfür abgesehen von Hilfskräften ohne zusätzliches Personal leisten zu können, wurde die Einführung der einzelnen Komponenten des NKR zeitlich gestaffelt. Zum 01.01.2009 sollte die doppelte Buchführung eingeführt werden, Kostenrechnung und Controlling sollten später umgesetzt werden. In der damaligen Ratsvorlage wurde darauf hingewiesen, dass die neuen Aufgaben des NKR (Anlagenbuchführung, Kostenrechnung, Controlling) auch zusätzliches Personal bedingen.

Die Einführung der doppelten Buchhaltung zum 01.01.2009 ist geglückt. Aufgrund der Einführung zum 01.01.2009 ist die Gemeinde gesetzlich verpflichtet, bis zum 31.12.2009 die Eröffnungsbilanz zu beschließen und vom RPA testieren zu lassen, um sie anschließend der Kommunalaufsicht vorzulegen. Diesen Termin haben wir ebenso wie alle anderen Ammerländer Kommunen nicht einhalten können. Bei der Projektplanung im Jahr 2006 war nicht abzusehen, dass der Aufwand für die Dokumentation der Vermögensbewertung einen solchen Umfang annehmen würde. Im vergangenen Jahr ist außerdem deutlich geworden, dass das doppelte System auch ohne die Berücksichtigung der neuen Komponenten erhebliche Mehrarbeit gegenüber der früheren Buchführung mit sich bringt, so dass die Arbeiten an der Eröffnungsbilanz immer wieder über längere Zeiträume komplett liegenbleiben müssen, damit das Tagesgeschäft laufen kann. Dies gilt umso mehr, wenn nicht geplante Zusatzbelastungen wie das jetzt zu beratende Haushaltssicherungskonzept auftreten.

Die Bewertung und Dokumentation der Gebäude mit Grundstücken ist inzwischen abgeschlossen und an das RPA abgegeben worden. Bis zum Ende des Sommers sollen die Unterlagen für die Straßenbewertung (inkl. Grundstücken) ebenfalls fertig gestellt werden und parallel die weiteren Vermögenspositionen abgearbeitet werden. Die Kommunalaufsicht haben wir entsprechend informiert.

Der Jahresabschluss 2009 kann erst erstellt werden, wenn die Eröffnungsbilanz beschlossen und eingebucht ist. Dieser Jahresabschluss wird nicht mehr in diesem Jahr aufgestellt werden können.

Die Erfahrungen der ersten eineinhalb Jahre „Doppik“ haben gezeigt, dass die Kämmerei mit den bisher angegangenen Aufgaben auch auf Dauer vollständig ausgelastet sein wird. Für die noch anstehende Einführung und anschließende Durchführung von Kostenrechnung und Controlling müssen noch Lösungen entwickelt werden. AM Isemann sagt, dass laut seiner Erfahrungen hierfür 1 bis 2 zusätzliche Kräfte eingestellt werden müssen. GM Sindermann entgegnet, dass nicht in Außenbereichen Stellen gestrichen werden könne und gleichzeitig in der Kernverwaltung neue Stellen geschaffen werden.

Auf Anfrage von GM G. Köster teilt FBL Oeljeschläger mit, dass bereits im Mai 2009 eine vorläufige Eröffnungsbilanz in den Gremien vorgelegt wurde. Gravierende Änderungen zu dieser vorläufigen Bilanz erwarte man nicht.

AM Mickelat und AM Isemann sind der Auffassung, dass durch das Fehlen der endgültigen Eröffnungsbilanz wesentliche Informationen über die finanzielle Situation der Gemeinde fehlen. Es sollte verstärkt daran gearbeitet werden, die Eröffnungsbilanz fertig zu stellen. AM Isemann fragt, woher die nicht rechtzeitige Erstellung der Bilanz (31.12.2009) resultiert. AL Wichelmann antwortet, dass in unserer Verwaltung kein Personal für die Erstellung eingestellt worden sei. Die Arbeiten werden neben dem Tagesgeschäft erledigt. Die schlechte Haushaltslage der Gemeinde, die kurz nach Erstellung des Haushaltes bereits einen I. Nachtragshaushalt und die Erarbeitung eines Haushaltssicherungskonzeptes erforderte, habe insbesondere für die Kämmerei zusätzliche Arbeit bedeutet.



### **3.5 Breitbandversorgung im ländlichen Raum**

Die Verwaltung hat in den vergangenen Monaten mehrfach über den auf Landkreisebene vereinbarten Ausbau der Breitbandversorgung berichtet. Es wurden entsprechende Förderanträge im Rahmen des Konjunkturpakets II sowie aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes – GAK“ gestellt.

Inzwischen hat das Land Niedersachsen entschieden, welche Regionen durch das Konjunkturpaket II gefördert werden. Danach werden im Kreisgebiet fünf so genannte „weiße Flecken“ beseitigt. Die Fördersumme beträgt ca. 1 Mio. €. Im Gemeindegebiet profitieren die Ortschaften Ekerh, Dänikhorst und Querenstede von der Förderung. Sie bilden zusammen mit einigen Ortschaften aus den Gemeinden Apen und Edeweicht einen „weißen Fleck“, auf den ein Fördervolumen von ca. 650.000,- € entfällt. Hiervon haben die drei Gemeinden einen Eigenanteil in Höhe von 12,5 %, also ca. 81.000,- € zu tragen, der in drei gleich hohen Raten (eine in diesem, zwei im nächsten Jahr) von jeweils 27.000,- € an das Land zu erstatten ist. Wie hoch der Anteil der Gemeinde Bad Zwischenahn sein wird und mit welchen konkreten Maßnahmen der Ausbau der Breitbandversorgung vorangetrieben wird, steht momentan noch nicht fest, da der Bewilligungsbescheid des Landes noch aussteht. Sobald er vorliegt, wird der Landkreis die Gemeinden informieren.

Hervorzuheben ist, dass die Breitbandversorgung auch im Neubaugebiet „Hemeler“ in Dänikhorst (B-Plan Nr. 102) ausgebaut wird, so dass es an Attraktivität gewinnt.

Für den Ausbau stehen im Haushalt 2010 noch keine Mittel zur Verfügung (vgl. Kenntnisnahme in der VA-Sitzung vom 08.12.2009, TOP 3.12), so dass sie für den Nachtragshaushalt 2010 berücksichtigt werden müssten.

Über Förderungen im Rahmen des „GAK“ hat das Land bisher noch nicht entschieden. Das Landwirtschaftsministerium möchte sich zunächst mit dem Wirtschaftsministerium abstimmen, welche „weißen Flecken“ bereits durch das Konjunkturpaket II beseitigt wurden, um Doppelförderungen zu vermeiden. Die Gemeinde hat eine Förderung für die Bauerschaft Kayhauserfeld beantragt. Der Eigenanteil der Gemeinde beträgt hier 10 % auf einer Investitionssumme von 20.000,- €, also 2.000,- €.

- 23/80-

### **3.6 Bad Zwischenahner Woche 2010**

AV Finke begrüßt Herrn Reinhard Flohr, stv. Vorsitzender des Vereins Bad Zwischenahner Woche e. V. Herr Flohr berichtet über den Ablauf der Zwischenahner Woche 2010.

Die diesjährige Bad Zwischenahner Woche findet vom 11. bis 15. August statt. Vorab werden die Radwerbefahrer wie in jedem Jahr für die Bad Zwischenahner Woche werben. Nachdem die Radwerbefahrt im vergangenen Jahr nach Hannover führte, wird 2010 die Strecke vom 16. bis 18. Juli mit ca. 60 Teilnehmern nach Südoldenburg sowie ins Emsland führen.

Der Eröffnungsempfang mit den Einladungsgästen wird am 11. August stattfinden. Wie im vergangenen Jahr ist es vorgesehen, den Eröffnungsempfang wieder im Spiegelsaal des „Alten Kurhauses“ zu veranstalten. Konkrete Einzelheiten müssen noch abgesprochen werden.

Die positive Resonanz für die erstmals organisierte „Zeltstadt“ im Ufergarten als Alternative zum ehemaligen Dorfplatz und Weingarten hat dazu geführt, dass diese Veranstaltung in dieser Form ebenfalls wieder stattfinden wird.

Auch 2010 wird die NWZ das schon traditionelle NWZ-Interview auf der Bühne im Kurpark veranstalten. Das Thema sowie der Interviewpartner stehen allerdings noch nicht fest. Nach diesem Interview wird die Gemeinde traditionell wieder zu einem kleinen Imbiss einladen.

Auf Anfragen von AM Mickelat und Ohlert antwortet Herr Flohr, dass die Weinstände im Ufergarten die gleichen sind, wie im Vorjahr. Zusätzlich werden Weinstände auf dem Parkplatz Feldhus aufgebaut. Die Nutzung des Parkplatzes der Firma Bruns sei aus finanziellen Gründen nicht mehr möglich.

AM Mickelat schlägt vor, aus Kostengründen auf das Feuerwerk zu verzichten. Herr Flohr gibt zu Bedenken, dass das Feuerwerk ein krönender Abschluss der Zwischenahner Woche sei. Hierauf wolle man ungern verzichten.

- 23/80 -

### **3.7 Der Jahrmarkt kommt**

Die Veranstaltung „Der Jahrmarkt kommt“ ersetzt den bisherigen Frühjahrsmarkt, der in der damaligen gewohnten Form nicht mehr stattfinden soll, da im Laufe der Jahre diese Form der Veranstaltung kaum noch Zuspruch bei den Schaustellern und auch bei den Besuchern gefunden hat. Organisiert und durchgeführt wird der jetzige Markt vom Oldenburger Schaustellerverband vom 28. bis 30. Mai 2010 mit Unterstützung des Gewerbe- und Handelsvereins und der Gemeinde. Nach Aussage des Schaustellerverbandes werden auf dem Marktplatz attraktive Fahrgeschäfte inklusive einer vielfältigen Budenstadt aufgebaut sein.

Die offizielle Eröffnung des Marktes durch den Bürgermeister erfolgt am 28.05. um 16:30 Uhr auf dem Marktplatz unter Begleitung des Bad Zwischenahner Spielmannszuges. Der Bürgermeister wird zu dieser Eröffnung noch offiziell einladen. Der Markt öffnet jeweils um 14:00 Uhr und schließt um 22:00 Uhr. Am 28.05. ist zusätzlich eine lange Einkaufsnacht der Bad Zwischenahner Geschäfte bis 22:00 Uhr vorgesehen.

Am Samstag und Sonntag wird in der Bahnhofstraße ein Handwerkermarkt veranstaltet. Diesbezüglich findet am Sonntag noch ein Flohmarkt im Bereich des Badeparks statt. Am Sonntag wird die Ortsdurchfahrt in der Zeit von 12:00 Uhr bis 18:00 Uhr für den Verkehr gesperrt (Sperrung wie zur Bad Zwischenahner Woche). In einem Teil des abgesperrten Bereichs (Bahnhofstraße bis Marktplatz) findet am Sonntag außerdem eine Oldtimerschau (organisiert durch den Schaustellerverband) statt. Zu dieser Oldtimerschau liegen dem Schaustellerverband bereits 40 Anmeldungen vor. Die Bad Zwischenahner Feuerwehr hat sich bereiterklärt, jeweils in den Absperrbereichen Aufsicht zu führen.

Auf Anfrage des AM Mickelat teilt FBL Oeljeschäger mit, dass sich die Beteiligung der Gemeinde auf Antragsbearbeitungen und kleinere Einsätze des Baubetriebshofes beschränke.

- 23/80, 32 -

### **3.8 KMU-Förderung**

Das KMU-Programm (Kommunale Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen) besteht seit dem 01.01.2008. Seit diesem Zeitraum wurden 137 Anträge bei der Wirtschaftsförderung des Landkreises eingereicht. Eine positive Bewertung durch die HVB-Konferenz erhielten insgesamt 94 Antragsteller. Auf die Gemeinde Bad Zwischenahn entfielen 25 positive Bescheide, dies entspricht mehr als einem Viertel aller versandten Bescheide.

Im Ergebnis bleibt festzuhalten, dass die KMU-Förderung des Landkreises gemeinsam mit den Ammerlandgemeinden in starkem Maße dazu beigetragen hat, Arbeitsplätze zu schaffen bzw. zu sichern und Ausbildungsplätze zu gewährleisten.

- 23/80 -

### **3.9 Ammerländer Gründertreff**

Der 42. Ammerländer Gründertreff wurde am 11.03.2010 in Westerstede veranstaltet. Seit Einführung dieses Gründertreffs wird die Veranstaltung immer abwechselnd in den einzelnen Ammerlandgemeinden durchgeführt.

Etwa 100 interessierte Gründer waren an diesem Abend im Hotel Sonnenhof anwesend, um sich über relevante Gründerthemen zu informieren. Unter anderem wurde in diesem Zusammenhang ein Fachvortrag mit dem Schwerpunkt „Finanzierungshilfen für Existenzgründer“; Stefan Baumann, Berater der NBank Oldenburg vorgetragen.

Kurzvorträge mit den eigenen Gründererlebnissen von Zwischenahner Gründerinnen und Gründern wurden von Inka Behrens (Interieur Textilverlag) und Frieda Wiens (Tischlerei) bei diesem Gründertreff vorgetragen. Die Wirtschaftsförderung der Gemeinde fungierte vor Ort als Ansprechpartner für Gründungsinteressierte aus Bad Zwischenahn.

- 23/80 -

### **3.10 Regio-S-Bahnlinie Bremen - Oldenburg - Bad Zwischenahn**

Mit dem Fahrplanwechsel im Dezember 2010 wird die Regio-S-Bahnlinie Bremen - Oldenburg - Bad Zwischenahn durch die Nordwest Bahn in Betrieb genommen. Davon nicht beeinträchtigt ist das auch weiter bestehende Fahrplanangebot der DB bezüglich des Regionalexpress Hannover - Norddeich, welches den Stundentakt der Regio-S-Bahn entsprechend ergänzen wird.

Durch die deutliche Angebotserweiterung im Nahverkehr besteht die Gefahr, dass die aktuellen IC-Verbindungen nach Norddeich gestrichen werden könnte. Diesbezüglich sind die Vertreter der LNVG (Landesnahverkehrsgesellschaft) mit der DB über eine Beibehaltung der IC-Verbindungen in Verhandlung. Konkrete Verhandlungsergebnisse liegen jedoch noch nicht vor.

- 23/80 -

### **3.11 EU-Treffen in Bad Zwischenahn**

Am 23. und 24. März fand im Hotel Haus am Meer eine Tagung aller Europäischen Partner des EU-Projekts „ERIP – European Regions for Innovative Productivity“ statt, an der auch die Wirtschaftsförderung des Landkreises sowie alle sechs Ammerlandgemeinden und sechs Ammerländer Unternehmen als deutsche Partner beteiligt waren. Die Teilnehmer aus Europa (u. a. aus Holland, Belgien, England, Schweden) befassen sich mit der Zielsetzung des Projektes, Methoden des Lean Management Prozessoptimierung, sparsamer Ressourceneinsatz sowie die Vermeidung von Verschwendungen - in kleinen und mittelständischen Unternehmen der teilnehmenden Regionen einzuführen. Mit dieser Zielsetzung soll langfristig die Wettbewerbsfähigkeit erhöht sowie Arbeitsplätze gesichert werden.

Neben Firmenbesichtigungen standen auch Tagungen auf dem Programm, um die bisherigen Ergebnisse zu diskutieren und auswerten zu können.

Als Vertreter der Gemeinde ist die Firma Duo Collection (Im- und Export u. a. mit fernöstlichen Möbeln) aus dem Industriepark in Kayhauserfeld an diesem Projekt beteiligt.

- 23/80 -

### **4 Förderbeiträge zum ÖPNV-Angebot der Verkehr und Wasser GmbH (VWG)** **Vorlage: BV/2010/059**

FBL Oeljeschläger erläutert die Vorlage.

GM G. Köster teilt mit, dass die Busse zur Flugplatzsiedlung ohnehin fahren müssen. Er bittet um Prüfung, ob aus diesem Grund die Förderbeiträge verringert werden können.

#### Anmerkung der Protokollführerin

Die VWG hat bei der Berechnung der Förderbeiträge berücksichtigt, dass die Busse das Gebiet der Stadt Oldenburg durchfahren, die sich daher mit 50 % an den Kosten beteiligt. Unabhängig hiervon werden die Bushaltestellen ganz überwiegend von Bewohnerinnen und Bewohnern der Gemeinde frequentiert.

Die Stichfahrten auf der August-Hinrichs-Straße berücksichtigt die VWG bei der Ermittlung der km-Leistungen in unserem Gemeindegebiet nur zu 50%.

#### **Beschlussvorschlag:**

Dem VA wird empfohlen, der dargestellten Förderbeitragsregelung am VWG – ÖPNV zuzustimmen und eine entsprechende vertragliche Vereinbarung vom 02.06.2010 bis 01.06.2018 einzugehen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig**

- 23/80 -

**5 Haushaltssicherungskonzept**  
**Vorlage: BV/2010/065**

FBL Oeljeschläger erläutert die Vorlage. Er weist darauf hin, dass sich an der finanziellen Situation seit dem Beschluss über den I. Nachtragshaushalt 2010 keine gravierenden Änderungen ergeben haben.

Es werden die einzelnen Punkte des Haushaltssicherungskonzeptes sowie der Erläuterungen zum Konzept besprochen.

Verkauf Haus Brandstätter

GM Sindermann ist der Auffassung, dass für das Gebäude ein deutlich höherer Marktpreis angesetzt werden müsse.

Auf Anfrage des AM Isemann teilt AL Wichelmann mit, dass beim aufgeführten entfallenden Aufwand berücksichtigt wurde, dass auch für die Durchführung von Sitzungen im Alten Kurhaus Bewirtschaftungskosten entstehen.

AM Wolf sagt, dass die CDU-Fraktion sich gegen einen Verkauf ausspreche. Das Haus Brandstätter werde für viele Veranstaltungen genutzt. Für all diese Nutzer müsse man neue Räumlichkeiten finden. GM G. Köster stimmt dem zu.

AM Mickelat findet, dass das Rathaus, das Alte Kurhaus und das Haus Brandstätter im Zusammenhang gesehen werden müssen. Es müsse nicht zwangsläufig das Haus Brandstätter verkauft werden, alternativ müsse man den Verkauf des Alten Kurhauses in Betracht ziehen. Das Vorhalten aller drei Immobilien könne man sich nicht leisten. Seiner Auffassung nach sollte das Alte Kurhaus veräußert werden. AM J. Köster ergänzt, dass seiner Meinung nach auch die Wandelhalle mit betrachtet werden müsse.

BM Schilling entgegnet, dass die Vermietung und der Verkauf des Alten Kurhauses bereits versucht wurde. Aufgrund der alten Bausubstanz und den Auflagen der Denkmalschutzbehörde sei das Gebäude wohl nur an einen Liebhaber zu veräußern. Zudem werde das Alte Kurhaus intensiv genutzt. Lediglich der Spiegelsaal sei nicht ausgelastet. Ohne die Grundstücksfläche zum See, die nicht veräußert werden sollte, sei ein Käufer schwer zu finden. Die Wandelhalle sei mit Fördergeldern umgebaut worden. Ein Verkauf sei daher nicht möglich.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Nutzungssituation für das Haus Brandstätter, das Alte Kurhaus, das Rathaus und die Wandelhalle darzustellen. Zudem soll über Maklerbüros ein realistischer Marktpreis für das Haus Brandstätter ermittelt werden.

Verkauf des Sportplatzes Kayhauserfeld

FBL Meyer erläutert anhand einer Folie nochmals die Problematik des Immissionsschutzes im nördlichen Bereich der Fläche.

Verkauf von Obdachlosenunterkünften

FBL Fischer teilt mit, dass der Gemeinde in nächster Zeit 8 bis 9 weitere Asylbewerber zugewiesen werden. Die Gemeinde ist zur Aufnahme gesetzlich verpflichtet.

Auf Anfragen von AV Finke und GM Sindermann antwortet FBL Meyer, dass sich das Gebäude „Oldenburger Straße 20“ im Außenbereich befinde. Um eine neue Bebauung zuzulassen, müsse der Flächennutzungsplan geändert und ein Bebauungsplan aufgestellt werden. Außerdem weist er auf die Zufahrtsproblematik hin. Im Übrigen sei es eine Planungs-

leitlinie, keine Bebauungspläne nördlich der L 815 wegen der Haupteinfahrtssituation in den Kurort aufzustellen.

Stv. AM Janssen bittet um Prüfung, ob ein größerer Gewinn erzielt werden könne, wenn das Gebäude „Am Timp“ für die Aufnahme von Einzelpersonen umgebaut würde und stattdessen das Gebäude am Mühlenweg verkauft würde.

Auf Anfrage von AM Mickelat teilt AL Wichelmann mit, dass die Erlösberechnung beim Gebäude „Vor dem Moor“ davon ausgehe, dass das bestehende Wohnhaus abgerissen werde. Da es mittig stehe, sei eine Bebauung der Fläche mit zwei Wohnhäusern sonst nicht möglich.

Der WuFF kommt überein, dass der Vorschlag der Verwaltung unterstützt wird. Die Verwaltung wird parallel beauftragt zu prüfen, inwiefern durch Umbauten und Verkäufe nur die gesetzlich notwendigen Obdachlosenunterkünfte vorgehalten und dabei ein maximaler Gewinn erzielt werden kann.

### Spielplätze

FBL Oeljeschläger weist darauf hin, dass der Verkaufspreis anhand von umliegenden Bodenrichtwerten ermittelt wurde. Verkaufsverhandlungen würden jedoch nach Marktpreisen geführt. Bei einer Aufnahme in das Haushaltssicherungskonzept seien bei Bedarf Beschlüsse zum Planungsrecht und Verkaufsbeschlüsse noch zu fassen. Grundsatzbeschlüsse seien nicht mehr zu fassen.

Auf Anfrage von GM G. Köster erläutert FBL Meyer, dass die Nutzungsintensität der Spielplätze u. a. durch die Anzahl der in der jeweiligen Siedlung gemeldeten Kinder sowie durch die Erfahrungen des Baubetriebshofes bei der wöchentlichen Spielplatzkontrolle bewertet worden ist. Ein weiteres Kriterium für die Auswahl der aufgeführten Spielplätze sei die Entfernung zum nächsten Spielplatz (Radius 400 m Luftlinie) gewesen. Darüber hinaus habe man den notwendigen Unterhaltungsaufwand zu Grunde gelegt.

GM G. Köster schlägt vor, nur die zwei Spielplätze zu schließen, die am wenigsten genutzt werden, bzw. den Spielplatz an der Wilhelm-Busch-Straße, da sich dort ein weiterer Spielplatz direkt gegenüber befindet.

Verschiedene Ausschussmitglieder weisen auf die starke Frequentierung des Spielplatzes am Lohmanns Kamp hin. Dieses wird von FBL Meyer bestätigt. Jedoch sei der Spielplatz Dr.-Kelp-Straße in weniger als 200 m vorhanden und ein möglicher Erlös bei der Veräußerung und die Unterhaltungskosten des Standortes Lohmanns Kamp höher zu bewerten.

### Verkauf Sportflächen Rostrup als Bauflächen

FBL Meyer stellt die im Kultur- und Sportausschuss beratene und die vom VfL Bad Zwischenahn favorisierte Planung vor. Die Verwaltung habe den Vorschlag des VfL näher untersucht und hierbei festgestellt, dass bei dieser Variante deutlich geringere Erschließungskosten anfallen würden. Es würde dann der Sportplatz aufgegeben, auf dem derzeit die Punktspiele ausgetragen werden. Vorteil sei auch, dass dieser Platz über keine Flutlichtanlage verfüge, die dann umgesetzt werden müsste. AM Mickelat unterstützt dies.

AM Wolf führt aus, dass die CDU-Fraktion die im Kultur- und Sportausschuss diskutierte Variante bevorzugt.

AM J. Köster überlegt, ob eine Umsiedlung des Schießstandes möglich sei. Beratendes AM Reinhold ist der Auffassung, dass der Schießstand kaum noch genutzt wird. Überwiegend

würde die Gastronomie genutzt. Er bezweifelt, dass zwei Sportplätze für die zahlreichen Mannschaften des VfL ausreichend sein würden und bevorzugt daher auch den Vorschlag des VfL.

AV Finke bittet, die Angelegenheit erneut in den Fraktionen zu beraten um in der Sitzung des VA einen einheitlichen Beschluss zu fassen.

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob mit dem Schützenverein langjährige Nutzungsvereinbarungen bezüglich des Schießstandes bestehen, oder ob eine Umsiedlung/Zusammenlegung mit dem Schützenverein in Bad Zwischenahn generell möglich wäre.

### Erbbaurechte

AM Mickelat schlägt vor, die rund 60 Erbbaurechtsinhaber zu fragen, ob sie die jeweiligen Grundstücke kaufen wollen.

### Anmerkung der Protokollführerin:

Von den ca. 60 Erbbaurechtsverträgen wurde die Hälfte bis Mitte der 50er Jahre abgeschlossen. Im Gegensatz zu den übrigen enthalten sie keine Anpassungsklausel. Rechtlich ist eine Anpassung nur möglich, wenn die Lebenshaltungskosten und das durchschnittliche Bruttoeinkommen seit Abschluss des Vertrages jeweils mindestens um 150 % gestiegen sind. Für den einen Teil dieser Erbbaurechtsverträge waren Anpassungen 1983/84 und für den anderen 1995 möglich. In den nächsten Jahren wird dies jedoch voraussichtlich nicht wieder möglich sein, da die Lebenshaltungskosten und Bruttoeinkommen seitdem nur im geringen Umfang gestiegen sind. Im Ergebnis bedeutet dies, dass der Erbbauzins nur noch etwa 1 bis 2 % des Bodenrichtwerts beträgt. Die Restlaufzeit der Verträge beträgt etwa 45 bis 50 Jahre. Da der Hypothekenzinssatz bei etwa 4 % liegt und die Tilgungsphase einer Hypothek etwa 30 Jahre beträgt, rentiert sich ein Erwerb für die Erbbauberechtigten nicht. Unabhängig davon haben diese Erbbauberechtigten in der Regel inzwischen etwa das 70. Lebensjahr erreicht, so dass sie kein Interesse mehr an einem Erwerb haben.

Im Gegensatz dazu enthalten die neueren Erbbaurechtsverträge eine Anpassungsklausel, so dass die Erbbauzinsen, wie vertraglich vereinbart, weiterhin 4 % betragen. Unabhängig davon, dass dies gemessen an den momentanen Guthabenszinssätzen eine gute Verzinsung darstellt, werden die Grundstücke diesen Erbbauberechtigten bei jeder Anpassung des Erbbauzinses zum Kauf angeboten.

### Gewerbegebiet Ekern Süd

Auf Anfrage des AM Mickelat teilt FBL Oeljeschläger mit, dass die Problematik der Oberflächenentwässerung an dieser Stelle eine weitere Ausnutzung der Fläche verhindere.

### Verkauf Gebäude Mühlenstraße 18

AM Mickelat regt an, das Grundstück wieder vermehrt anzubieten. Zum Beispiel könnte das Verkaufsschild dort wieder aufgestellt werden.

### Sportfreiflächen Ekern

AM Mickelat teilt mit, dass sich in Ekern 4 Sportplätze befinden. Er bittet um Prüfung, ob die Plätze von der Gemeinde bewirtschaftet werden und ob dort Einsparungen vorgenommen werden können.

## Personalentwicklung

GM G. Köster spricht sich gegen die Kürzung der Stelle bei den Jugendräumen Petersfehn aus. Es würde dann keine Jugendarbeit mehr für Mädchen angeboten. Er könnte allenfalls einer Kürzung um die halbe Stundenzahl (13,25 Stunden) mittragen. Stv. AM Janssen stimmt dem zu.

GM Sindermann schlägt vor, eine Beratungsfirma mit der Prüfung der Verwaltung hinsichtlich effizienter Arbeit zu beauftragen. Die Produktivität müsse erhöht werden. BM Schilling erinnert, dass eine solche Untersuchung bereits vor Jahren stattgefunden habe. Da habe sich herausgestellt, dass zusätzlicher Personalbedarf bestand und mehrere Mitarbeiter/-innen höhergruppiert werden mussten.

GM Sindermann ist der Auffassung, dass mit dem Personal der Jugendpflege erörtert werden müsse, auf welche Art und Weise die Kürzung der Stelle ohne Leistungsminderung durchführbar sei. Eventuell könne man eine Zusammenarbeit mit Schule und Polizei anstreben. Hierzu müsse man Fachleute hinzuziehen.

AM Wolf teilt mit, dass die CDU-Fraktion die vorgeschlagenen Stellenkürzungen mittragen werde.

AM Mickelat teilt mit, dass die SPD-Fraktion die Streichung der Stelle bei den Jugendräumen Petersfehn nicht mittragen werde. Die langfristige Verantwortung liege im Bereich der Jugend.

GM Sindermann ist der Auffassung, dass mit dem Personal über freiwillige Leistungen zur Haushaltssicherung gesprochen werden müsse. Zur Sicherung des Arbeitsplatzes könne man über Verzicht auf Lohn, Weihnachtsgeld o. ä. nachdenken. Zudem gebe es die Möglichkeit den tariflichen Spielraum so auszunutzen, dass möglichst wenig Personalaufwand entsteht oder es könnten Arbeitsplatzbeschreibungen geändert werden.

AM Iseemann sagt, dass die vorgelegten Einsparungen im Personalbereich nicht ausreichen. Aus seiner Sicht müsse es deutlich mehr Einschnitte geben.

Auf Anfrage des AM Mickelat teilt FBL Fischer mit, dass ab dem 01.01.2011 die Arbeitsvermittlung zum Landkreis übergeht. In Bad Zwischenahn seien davon drei Mitarbeiter/-innen betroffen. 1,3 Sachbearbeiterstellen werden vor Ort in Bad Zwischenahn bleiben. Eine Person wird zum Landkreis wechseln. Als Ersatz erhält die Gemeinde eine Stelle für die Hauptsachbearbeitung im Leistungsbereich und 0,3 Stellenanteile für die Akquise von Arbeitsgelegenheiten.

## Beschluss:

Der WuFF stimmt der Streichung der Stellen in der Kernverwaltung und der Bibliothek, wie im Haushaltssicherungskonzept ausgeführt, zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Der WuFF lehnt die Streichung der Stelle bei den Jugendräumen Petersfehn ab.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	4
Nein-Stimmen:	4
Stimmenthaltungen:	1



### Austritt aus der Tarifgemeinschaft

AM Sindermann bittet um eine Auflistung aller freiwilligen Gehaltsbestandteile wie z. B. Weihnachtsgeld. Außerdem fordert er Vorträge von Fachleuten in den Gremien, zu den Themen „Mitgliedschaft im KAV“ und „Selbständige Gemeinde“. AM Mickelat ergänzt dies um die Frage, ob mit dem Austritt aus dem KAV zwangsläufig die Kündigung der VBL verbunden sei.

### Anmerkung der Protokollführerin:

Von der Gemeinde werden nur für die Trauungen auf dem Zwischenahner Meer, im Alten Kurhaus und im Haus Brandstätter am Samstag außertarifliche Zahlungen geleistet. Diese Trauungen führen die Standesbeamten außerhalb der Arbeitszeit aus. Die Arbeitszeit wird somit nicht erfasst. Dafür erhalten sie für die jeweiligen Trauungen eine Pauschalvergütung. Sie beträgt (jeweils brutto) für Trauungen auf dem Zwischenahner Meer 140,00 € und für Trauungen im Alten Kurhaus und im Haus Brandstätter am Samstag 95,00 €. Die Kosten hierfür werden durch die erhöhten Gebühren für diese Trauungen aufgefangen. Alle anderen Zahlungen erfolgen auf der Grundlage der gültigen Tarifverträge.

Ein Austritt aus Tarifgemeinschaft bringt nicht zwangsläufig einen Austritt aus der VBL mit sich. Sollte jedoch ein Austritt aus der Tarifgemeinschaft erfolgen, würden wir bei der VBL als sonstiger Beteiligter geführt und einer höheren Risikogruppe zugeordnet werden, mit der Folge steigender Beiträge.

### Fortbildung

AM Isemann ist der Meinung, dass eine Personalreduzierung nur möglich sei, wenn das verbleibende Personal entsprechend aus- und fortgebildet wird. Eine Kürzung hält er nicht für sinnvoll.

### Hallenbad, Nutzung einstellen

Bei einer Schließung des Hallenbades müssen zwei Sporteinheiten neu geschaffen werden. AM Isemann fragt, ob eine Sporteinheit beim Badepark angesiedelt werden könne. FBL Fischer erklärt, dass man das mit der Schule diskutieren müsse.

### Schützenanlagen, Investitionsförderung einstellen

Die Verwaltung wird beauftragt, für alle Vereine (nicht nur die Schützenvereine) ein Förderkonzept auszuarbeiten.

### Sportplätze, Unterhaltung durch die Vereine

Auf Anfrage des AM Mickelat teilt FBL Meyer mit, dass drei Vereine ihre Flächen selbst mähen, bzw. Externe damit beauftragt haben. Wo der BBH mäht, verwendet er eigene Geräte. Für die Sportplatzunterhaltung (mähen, düngen, Laub entfernen, wässern) entstehen für die Gemeinde jährlich rund 65.000 € Kosten.

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob weitere Vereine ihre Flächen in Eigenregie mähen können.

### Zuschuss an den Park der Gärten nicht weiter erhöhen

Auf Anfrage des AM Mickelat antwortet BM Schilling, dass in der Finanzierung des Neubaus beim Park der Gärten derzeit noch eine Lücke von 250.000 € bestehe.

### Kindergartengebühren

AM Mickelat sagt, dass die Gemeinde an den Oberkirchenrat eine Verwaltungskostenpauschale von 5 % zahle. Ihm erscheine das zu hoch und er regt an, dass die Pauschale neu verhandelt und auf 4 % gesenkt wird.

FBL Fischer gibt zu bedenken, dass die Gemeinde Bad Zwischenahn diese Verhandlungen nicht alleine führen könne. Dazu müsste man alle Ammerlandgemeinden ins Boot holen. Er sei jedoch bereit, erneut Gespräche mit dem Oberkirchenrat zu führen.

Die Stadt Oldenburg habe ein gänzlich anderes Abrechnungsverfahren als wir. Dort orientiere man sich stark an den Personalkosten.

### Anmerkung der Protokollführerin:

Die Gemeinde zahlt derzeit eine Verwaltungskostenpauschale von 4 % und eine Sachkostenpauschale von 0,5 % der Gesamtausgaben. Die Stadt Oldenburg gewährt einen mit unseren Budgetrichtlinien nicht direkt vergleichbaren pauschalen Betrag pro Kindergartenplatz. Umgerechnet auf die Gesamtkosten der vorgelegten Jahresrechnungen 2009 würde der Pauschalbetrag der Stadt Oldenburg einer Verwaltungs- und Sachkostenpauschale von 4,63% entsprechen.

### Jugendarbeit in Ofen einstellen

GM G. Köster stellt den **Antrag**, die Förderung von jährlich 11.600 € nicht einzustellen. Die Kirche werde das Defizit nicht aus eigenen Mitteln auffangen können, und somit wäre die Jugendarbeit in Ofen beendet. AM Mickelat, AM J. Köster und AM Isemann unterstützen den Antrag.

### Beschluss:

Aufgrund des Antrages des GM G. Köster beschließt der WuFF einstimmig, die Einstellung der Jugendarbeit in Ofen aus dem Haushaltssicherungskonzept zu streichen.

### Jugendgemeinderat

AM Wolf schlägt vor, die Angelegenheit an den Jugendgemeinderat zu verweisen. Aus seiner Sicht sei der Jugendgemeinderat kaum aktiv gewesen. Verschiedene Ausschussmitglieder sind der Auffassung, dass der Jugendgemeinderat noch Zeit brauche, um sich etablieren zu können.

FBL Fischer gibt zu bedenken, dass die Jugendlichen Begleitung durch Rat und Verwaltung benötigen. Die Verwaltung werde mit dem Jugendgemeinderat diskutieren, wie die Zusammenarbeit verbessert werden könne und ob der Jugendgemeinderat aus Sicht der Jugendlichen eine Zukunft habe. Es bestehe der Eindruck, dass die derzeitige Beteiligungsform sie stark überfordere.

### Beschluss:

Der WuFF beschließt einstimmig, die Verwaltung zu beauftragen, gemeinsam mit den Jugendlichen Möglichkeiten einer besseren Zusammenarbeit zu erörtern.

### Ehrengeschenke, Jubiläen

AM Wolf stellt den **Antrag**, den Ansatz für Ehrengeschenke und Jubiläen um 2.000 € auf 5.000 € zu kürzen.

Beschluss:

Auf Grund des Antrages des AM Wolf beschließt der WuFF, den Ansatz für Ehrengeschenke und Jubiläen um 2.000 € auf 5.000 € zu kürzen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	7
Nein-Stimmen	1

Beiträge an Vereine und Verbände

AM Wolf bittet um eine Auflistung aller Beiträge, die an Vereine und Verbände gezahlt werden.

Freiwillige soziale Leistungen

AM Mickelat schlägt vor, die Heimbereisungen auf das Gemeindegebiet zu beschränken. FBL Fischer teilt mit, dass derzeit mit den Einrichtungen diskutiert werde, ob an Stelle der Einzelgeschenke ein Geschenk an die Einrichtung gegeben werden soll. Aus seiner Sicht sei es unangemessen, den außerhalb von Bad Zwischenahn lebenden Senioren, die seit vielen Jahren einen Besuch erhalten, nur noch eine Karte zu schicken.

Der WuFF kommt überein, den Ansatz für die freiwilligen sozialen Leistungen um 900 € auf 5.000 € zu kürzen.

Zuschüsse an die Turn- und Sportvereine

AM Isemann fragt, ob die m<sup>2</sup>-Pauschale gekürzt werden könne. FBL Fischer antwortet, dass der Grundsatzbeschluss vom Rat geändert werden könne. Zwangsläufig müssen dann die Übungsleiterbeihilfen gekürzt werden.

Antrag der CDU-Fraktion „Inventarverzeichnis“

FBL Oeljeschläger weist darauf hin, dass ein komplettes Inventarverzeichnis noch nicht vorliege.

AM J. Köster schlägt vor, die Liste im pdf-Format herauszugeben, da dieses nicht verändert werden kann.

AM Isemann findet, eine Excel-Liste sei eine Arbeitserleichterung.

Antrag der CDU-Fraktion „Veräußerung Wasserwerk“

AV Finke regt an, einen möglichen Kaufpreis zu ermitteln, um objektive Beratungsgrundlagen zu haben. Auch solle die Verwaltung darstellen, ob und zu welchen Konditionen ein Verkauf möglich wäre. Hierzu sollte auch ein Gespräch mit dem OOWV erfolgen.

AM Mickelat bittet, den Antrag dahingehend zu ergänzen, dass auch ein Verkauf des Was-

serturmes geprüft werde.

Antrag der CDU-Fraktion/FDP-Fraktion „Steganlage Feldhus“

Die Anträge werden an den StruVA verwiesen.

Antrag von der FDP-Fraktion „Neuverschuldung“

BM Schilling weist darauf hin, dass die Verwaltung den Haushalt vollziehe. Darüber hinaus werden keine Ausgaben getätigt.

Antrag von der FDP-Fraktion „Wiederbesetzungssperre“

BM Schilling teilt mit, dass seit dem letzten Sommer lediglich Saisonkräfte für die Bäder eingestellt wurden. Bei der Einstellung von Saisonkräften muss die Verwaltung kurzfristig handeln können. Er warnt davor, durch eine Wiederbesetzungssperre das Handeln der Verwaltung zu behindern.

Der Antrag wird an den VA verwiesen.

Verschiedene Anträge der SPD-Fraktion

AM Mickelat sagt, dass aus dem Antrag vom 02.05.2010 lediglich die Punkte 8 und 19 offen seien.

Die Verwaltung erhält den Auftrag zu prüfen, inwieweit die Parkplatzbewirtschaftung ausgeweitet werden kann.

Die Verwaltung erhält den Auftrag, mit der EWE über kostengünstige E-Fahrzeuge zu verhandeln.

Die sich in der Sitzung ergebenden Änderungen zum Haushaltssicherungskonzept sind in der **Anlage 3** zusammengefasst.

**Beschlussvorschlag:**

Das Haushaltssicherungskonzept 2010 wird in der beratenen Form beschlossen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig**

- I,II,III -

**6 Anfragen und Hinweise**

Keine.

7 **Einwohnerfragestunde**

Keine.

AV Finke schließt die Sitzung.

Finke  
Ausschussvorsitzender

Oeljeschläger  
Fachbereichsleiter

Buß  
Protokollführerin